№ 1749. Sonntag, 1. März. (Abend-Ausgabe.) **1863.**

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Febr.

In der Loge des diplomatischen Corps bemerkt man, wie in den Tagen vorher, den Baron v. d. Heydt, den Geh.-Rath Duncker, den amerikanischen Gesandten u. A. — Am Ministertische die Herren v. Bismarck, v. Selchow. Schluß der Polendebatte.

Abg. v. Hoverbeck: Die Absicht des Amendements v. Bonin und des Commissions-Antrages sei identisch. Es seien aber gegen dasselbe zwei wesentliche Einwände vorhanden. Das Amendement spreche zunächst über den Schutz der Landesgrenze. Diese wollen Alle intact erhalten wissen, aber ein großer Theil des Hauses sei der Ansicht, daß die Landesgrenze gar nicht bedroht gewesen sei. Deßhalb dürfe man keinen Ausdruck gebrauchen, der möglicherweise einer später geforderten Geldbewilligung gegenüber die freie Hand binde. Gefährlich seien ferner in dem Amendement v. Bonin die Worte: „die Regierung solle sich jeder über den Schutz der Landesgrenze hinausgehenden Einmischung enthalten." Das könnte heißen, eine gewisse Einmischung sei nothwendig. Man wolle aber gar keine Intervention. Deshalb sei das Unteramendement v. Diderichs gestellt; er halte dies zwar für eine Verbesserung des v. Boninschen Amend., aber für keine genügende. — Den Antrag v. Bockum-Dolffs halte er für eine Verbesserung seines Antrags; es würde sich vielleicht Verdienste um die Einigung des Hauses erwerben. Es sei dies eines jener Verdienste des Abg. v. Bockum-Dolffs, die der Abg. v. Vincke für gering halte, die er aber, wie überhaupt die parlamentarische Wirksamkeit jenes Abg. für viel bedeutender halte, als glänzende Reden (lautes Bravo). Den polnischen Abgeordneten dieses Hauses bezeuge auch er seine Hochachtung für die Treue und Festigkeit, mit der sie an ihren vaterländischen Gefühlen festhielten. Das nenne v. Vincke schwächliche Humanität. Es sei ihm erfreulich, daß auch seiner Partei einmal der Vorwurf der Schwächlichkeit gemacht werde (Heiterkeit). Gewöhnlich treffe dieser Vorwurf eine andere Partei. (Bravo). Bei der Wahl zwischen schwächlicher Humanität und starker Inhumanität entscheide er sich für die Humanität (Bravo).

Wenn der Abg. v. Vincke argumentire, daß die Polen keine Räuberbanden seien, weil sie mit Bons bezahlten, dann könne man ebenso beweisen, die Preußen seien keine Räuberbanden, weil sie mit Bons bezahlten. (Bravo links und Oho und Unruhe rechts.) — Der Abg. v. Vincke habe dann die Vorsicht der Regierung gelobt. Er wundere sich, wie man gerade von Seiten der Freunde der Regierung, und zu diesen zähle er den Abg. v. Vincke (Heiterkeit), das vorzeitige Vorgehen der Regierung loben könne. Die Vorschnelligkeit der Regierung widerlegen am besten die von ihm hervorgehobenen Vorzüge der Armee-Reorganisation. — Ferner behaupte der Abg. v. Vincke, die Majorität ließe sich durch Sympathien für Polen bestimmen. Man habe Sympathien für Polen, lasse diese aber auf die practischen Entschlüsse keinen Einfluß gewinnen; möge der Abg. v. Vincke sich nicht durch Antipathie bestimmen lassen. — Der einzige Punkt der Uebereinstimmung, den er mit dem Abg. v. Vincke habe, sei die Stellung zum Ministerium. Aber wenn der Abg. v. Vincke meine, daß ein Ministerium der Majorität dieses Hauses deßhalb nothwendig sei, weil „das Land durch Schaden klug werden müsse", so sei das Urtheil jedenfalls vorschnell; da die Majorität noch nicht auf den Ministerbänken gesessen. Die Freunde des Abg. v. Vincke seien Minister gewesen und hätten nach seiner Ansicht dem Lande Schaden gebracht (lautes Bravo links, Oh rechts). — Der Abg. v. Bonin meine, die Cartel-Conventiost stehe der von der Majorität geforderten Unparteilichkeit gegenüber. Auch er wolle, daß Preußen seine contractlichen Bedingungen erfülle; das sei aber keine Begünstigung. Nur erwarte er, daß die Regierung sich nicht ferner solche Auslegungen der Cartelconvention erlaube, wie dies gestern der Minister des Innern gethan. — Dem Minister-Präsidenten gegenüber sei er in einiger Verlegenheit. Er unterwerfe sich nicht der Disciplin des Hauses. Er gestatte sich also jede Invective, während die erwidernden Redner des Hauses der Disciplin des Präsidenten unterworfen seien. Entweder sei der Ministerpräsident der Disciplin unterworfen, wie jeder Andere, oder kein Abgeordneter dürfe dem Minister-Präsidenten gegenüber in seinen Angriffen irgendwie beschränkt werden. (Bravo).

Freilich wisse er nicht, ob der Ministerpräsident wünsche, daß die Verhandlungen des Hauses objectiv gehalten würden. Er habe erklärt, die Regierung lasse das Haus nur zusammen behufs einer Abschreckungstheorie, die sie gegen dasselbe durchführen wolle. Da seien ihm freilich tumultuarische Scenen in diesem Hause angenehm. Ob das aber für ein Ministerium das Rechte sei, überlasse er dem Lande zu entscheiden. — Der Ministerpräsident habe dem Commissionsbericht vorgeworfen, daß er zu einseitig sei. Das sei nicht anders möglich, weil die Commission einig gewesen sei. Wenn der Ministerpräsident gewünscht habe, daß auch die Ansichten der Regierung in demselben entwickelt wären, dann hätte er ein Wenig von seiner kostbaren Zeit (Heiterkeit) dazu anwenden sollen, um den Verhandlungen der Commission beizuwohnen oder doch durch einen Commissar davon zu unterrichten (hört!). — Der Ministerpräsident habe dann die Convention eine „Seeschlange" genannt. Das könne eigentlich nur heißen, die Convention existire gar nicht. Im Widerspruch damit habe er aber die Existenz derselben ausdrücklich zugegeben. Ein anderer Minister hätte bei solcher Sachlage die einzelnen Punkte der Convention vorgelegt. — Wenn die Convention existire, aber noch nicht ratificirt sei, also noch rückgängig gemacht werden könne, dann gerade sei jetzt der rechte Zeitpunkt für die Resolution. Der Ministerpräsident habe zwar erklärt, das Votum dieses Hauses würde ganz ohne Folgen sein. Es gäbe doch aber noch andere Potenzen im Staate als den Ministerpräsidenten und der Zorn gegen die Aeußerung von Unruhs, daß man nicht einen Thaler bewilligen würde, beweise, daß es dem Ministerpräsidenten doch unangenehm sein würde, wenn das Haus das Geld, dessen Bewilligung er später vielleicht fordern würde, nicht etwa dem Könige, wie der Herr Minister sich irrthümlich ausgedrückt, sondern dem gegenwärtigen Ministerium verweigern würde. (Bravo).

Der Ministerpräsident meldet sich zum Wort, und die geschlossene Debatte wird (nach dem immer geübten Brauche) wieder eröffnet.

Minister v. Bismarck: Der Abgeordnete hat sich wiederholt darüber beklagt, daß wir den Inhalt der Convention nicht mitgetheilt haben. Die ganze Richtung Ihrer Verhandlungen hat uns zur Mittheilung nicht aufmuntern können. Sobald Sie uns die Garantie geben, daß Sie solche Mittheilungen mit uns benutzen werden, um im gemeinschaftlichen Interesse darüber zu berathen, so werden wir freigebiger damit sein.

Abg. Simson: Wenn der Ministerpräsident gesagt habe, Preußen habe die Aufgabe, einem Aufstande, gleichviel wo er sich erhebe, entgegenzutreten, so müsse er dies bestreiten. Man brauche den Aufstand nicht zum Gegenstand der Sympathie zu machen; man könne sehr gut ganz frei von einer Antipathie gegen Rußland, aber vom tiefsten Widerwillen gegen die Mittel erfüllt sein, die den Aufstand hervorgerufen. Die kaufmännischen Corporationen unserer größten Handelsstädte — und sie seien gewiß die urtheilsfähigsten — hätten dargelegt, in welche schwere Gefahr wir gerathen seien. — Was die Frage selbst anlange, so sei er der Ueberzeugung, daß die Behandlung des polnischen Aufstandes, zu welcher sich unsere Staatsregierung herbeigelassen habe, — wenn er sich den Ausdruck erlauben dürfe — gewissermaßen ein „Gelegenheitsgedicht" sei. Dazu gehöre aber eine doppelte Voraussetzung: nämlich einmal, daß die Gelegenheit sich zum Gedichte eigne, und zweitens, daß ein wirklicher Dichter vorhanden sei. (Beifall.) Er behaupte, man würde den polnischen Aufstand anders behandelt haben, wenn der innere Conflict nicht vorhanden wäre. Die Convention gehöre zu den vielen Punkten, auf welche die Staatsregierung mit Rücksicht auf die innern Calamitäten, fast begierig ihre Aufmerksamkeit lenke, um aus denselben politisches Capital zu machen. (Sehr richtig!)

Wenn er gegen den Commissionsantrag sich habe einschreiben lassen, so heiße das nicht, daß er für das Amendement von Vincke stimmen werde, sondern für das Amendement Bonin. Er stimme den Ausführungen bei, daß die Convention nicht geschlossen werden konnte ohne Genehmigung der Landesvertretung. Dies beweise ein Blick auf die Verfassung, auf den Artikel 48. — Der Abgeordnete für Oels habe sich darüber beklagt, daß die Regierung dem Hause keine Mittheilungen gemacht habe. Zu einer solchen Klage sei er (Redner) zu stolz (Beifall). Man sollte die Gelegenheit vermeiden, die Ohnmacht des Landes an den Tag zu legen. Alle Vorgänge seit dem October v. J. hätten bewiesen, daß man in Preußen nur auf Grund der Verfassung regieren könne; regieren aber heißt, die Geister der Nation führen, nicht: sich nothdürftig in der Regierungssphäre erhalten (sehr gut); in jedem Falle möchte die Bewunderung darüber, daß Jemand nicht falle — eine Bewunderung, die bei einem Seiltänzer am Platze sei —, nicht nach Jedermanns Gaumen sein (Beifall). Dies documentire eine Gesinnung, welche auf die Dauer jede gesunde Staatsleitung und vielleicht noch etwas mehr, etwas Höheres in Gefahr bringen. Es sei sehr verderblich, in der Nation eine Unzufriedenheit mit ihren Rechtszuständen zu erwecken. — Der Herr Ministerpräsident sagte, er wünsche dem Lande Gelegenheit zu geben, das Haus, d. h. die Majorität desselben, kennen zu lernen. Der Ministerpräsident täusche sich darin, wenn er glaube, eine Verletzung und Mißhandlung der Majorität des Hauses sei vereinbar mit dem Vorsatze, mit irgend einer Minorität eine Verständigung herbeizuführen. Diese Verständigung schließe er durch solche Vorsätze vollkommen aus. (Sehr richtig.) Er verkenne Diejenigen, bei denen er eine solche Verständigung, einer solchen Behandlung ihrer Collegen gegenüber, möglich halte. (Beifall.) Ferner aber möchte er den Ministerpräsidenten auffordern, wenn er eine rückgängige Bewegung hervorzubringen denke, dann sich seiner Methode zu enthalten, damit das Land nicht gleichzeitig die angeblichen Ueberschreitungen der Majorität und die wirklichen Ueberschreitungen der Staatsregierung kennen lerne. (Bravo.) Was habe die Regierung Schlimmeres thun können, als Frankreich und England Gelegenheit zu bieten, sich in diese Frage überhaupt zu mischen (sehr richtig)? Sie hätte ruhig abwarten sollen, wie die Dinge sich entwickelten, während sie jetzt nur eine französische Frage auf die Tagesordnung gebracht habe. Wenn das Politik heiße, so fehle ihm jedes Verständniß für eine solche Auffassung und was sei schlimmer gewesen, als daß man geglaubt habe, mit Rußland zusammen gegen die jetzt verbündeten Westmächte eintreten zu können und dabei Oesterreich aus dem Spiele gelassen habe? Gestern sei gesagt, es sei die Antipathie gegen Rußland auf uns abgelenkt. Worüber hätte man zur Zeit von 1848 in der Paulskirche schwerer gelitten, als dadurch, daß durch das Stehenbleiben Preußens während des Menschenalters von 1815 bis 1848 alle politischen Antipathien von Oesterreich ab und auf uns gelenkt sei.

Es sei gestern mit einem herben Ausdrucke über Diejenigen der Stab gebrochen, die den Eintritt der Regierung mit Hoffnung begrüßt hätten. Je freier er sich von solchen Hoffnungen wisse, um so unbefangener könne er sagen, daß der Eintritt des Ministeriums mit den Worten begrüßt worden, mit welchen Niebuhr den Kaiser Alexander im Jahre 1805 bei seinem ersten Eintritt in Deutschland begrüßte: Hic rem romanam, magno tarbante tumultu, sistet aques. — — Die damalige Hoffnung Niebuhrs war eitel und die in Rede stehende Hoffnung des Jahres 1862 ebenfalls. Er müsse mit tiefem Gram bekennen, daß seitdem der Conflict nicht nur erweitert, sondern wesentlich vergiftet sei. Er besorge daß die Schließung der Wunde nicht erleichtert werde; aber gleichwohl steht er mit derselben Hoffnung hier, die er den 6. oder 7. October ausgesprochen, einer Hoffnung, die ihren beredten Ausdruck in den Worten eines der bedeutendsten Schriftsteller der Gegenwart (Gustav Freitag) gefunden habe. Sie lauten: „Der gesammte politische Streit der Gegenwart, der Kampf gegen die Privilegien, die Verfassungsfragen, die deutsche Frage, sie alle sind im letzten Grunde nur innere preußische Fragen. Und die letzte Schwierigkeit ihrer Lösung liegt zunächst in der Stellung, welche das preußische Königshaus zu ihnen einnimmt. An dem Tage, wo die Hohenzollern sich warm und willig den Bedürfnissen der Gegenwart hingeben, wird ihrem Staate die lang entbehrte Empfindung der Stärke und Gesundheit kommen, von da wird die Führung der deutschen Interessen, die oberste Leitung des deutschen Lebens ihnen fast mühelos, wie von selbst zufallen. Das wissen Freunde und Feinde. Wir aber denken treu daran, wie viel wir ihnen verdanken. Und wir wissen wohl, daß der letzte Grund unseres Verhältnisses zu ihnen unzerstörbar ist, wenn sie auch einmal zürnen, weil wir zu dreist fordern, oder wenn wir grollen, weil sie zu zögernd gewähren. Denn es ist eine alte herzliche Freundschaft zwischen ihnen und dem Geiste der deutschen Nation. Und es ist eine männliche Freundschaft, welche wohl einige Stöße vertragen kann. Der deutsche Bürger aber empfindet auch ihnen gegenüber mit Stolz, daß er Ehre und Größe ihrer Stellung, Ehre und Glück des Vaterlandes gar nicht niedriger faßt, als sie selbst." (Lebhafter Beifall.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Es ist nicht meine Absicht, mich über das Maß einzelner von dem Vorredner gebrauchter starker Ausdrücke auszusprechen; derselbe hat das Ministerium mit Don Quixote und später mit einem Seiltänzer verglichen, ich will diese Geschicklichkeit hier nicht einer Erörterung unterziehen — vielleicht findet sich dazu ein „weniger persönlicher" Weg. Der Vorredner hat daraus einen Vorwurf gemacht, daß die Regierung fremden Cabinetten Mittheilung gemacht habe, der eigenen Landesvertretung nicht. Aber worin besteht denn das ganze Wesen der Diplomatie? — in Mittheilungen unter einander. Natürlich würden wir Ihre Billigung nur dann haben, wenn alle schwebenden Verhandlungen hier öffentlich mitgetheilt würden. Ich glaube, daß in diesem Vorwurf von Neuem die Bestätigung der Klage liegt, daß wir eine unparteiische und sachliche Beurtheilung unseres Verhaltens von Ihnen nicht zu erwarten haben.

Abg. v. Carlowitz: (fast durchaus unverständlich) Die Convention ziehe uns den Haß der gebildeten Welt zu ec. Die Verantwortlichkeit, die das Ministerium durch diesen Schritt auf sich nehme, sei kaum eine geringere, als die es durch seine budgetlose Regierung auf sich geladen. (Beifall.)

Referent v. Sybel: Es handle sich zunächst nicht mehr um Dinge, die mit den Theilungen Polens im vorigen Jahrhundert zusammenhingen. Was wir noch von Polen besitzen, gebühre uns seit 1815 auf Grund des europäischen Rechts. Wir hätten weder für die Sünden unserer Vorfahren zu haften, noch die heutigen Polen für die Sünden ihrer Väter in Anspruch zu nehmen. Gegen das Lob, das ihm als Historiker der Abg. v. Vincke gespendet, müsse er sich zum Theil verwahren. Derselbe habe aus seinem Buche das „zwar" vorgelesen und das „aber" weggelassen. Er habe allerdings beklagt, daß die militärisch wichtige Weichsellinie 1795 in russische Hände gefallen sei, nimmermehr aber habe er die Vernichtung des Mittelreiches Polen gebilligt. Es handle sich ferner nicht um eine Sympathie für den polnischen Aufstand. Oder es müßte nach der nicht ganz verständlichen Logik des Abgeordneten für Stolp ein Zeichen von Sympathie für die Aufständischen sein, wenn das Haus in seiner Resolution sage, daß es dieselben eben nicht unterstützen wolle. Es handle sich ferner nicht um ein Stück der europäischen solidarischen Revolutions-Propaganda. Er befürchte, nach dem Inhalte der Rede des Abgeordneten für Stolp, der davon gesprochen, daß, wenn wirklich Agenten jener ungeheueren Revolutions-Propaganda in diesem Hause sein sollten, so würde der dringendste Verdacht auf Niemand anders als ihn selbst fallen können. Denn kein anderer habe sich über die geheimen Pläne der polnischen Revolution so unterrichtet gezeigt, wie dieser Abgeordnete. Derselbe wisse, daß sie planlos und daß sie auf ein selbstständiges Polen gerichtet und daß sie panslavistischer Tendenz sei, und wer nicht zu den ganz Eingeweihten gehöre, werde schwerlich von einem solchen Blumenstrauß contrastirender Prädicate sich haben träumen lassen. (Heiterkeit.) Traurig genug, wenn die conservativsten Männer in diesen schlimmen Zeiten in solchen Verdacht gerathen können. So werde sich der Herr Abgeordnete für Stolp allerdings der Genossenschaft des Herrn Minister-Präsidenten erfreuen dürfen, dessen besonders vornehmer Sprachgebrauch, die einzelnen Abgeordneten kurzweg mit ihrem Namen, ohne das altübliche Wort „Herr" zu nennen, seines Wissens nach auch kein anderes Vorbild habe,

als den französischen Convent von 1793. Habe doch auch ein hochtoryistisches Organ (Morning Herald) den Herrn Minister-Präsidenten verdächtigt, er sei vor der europäischen Revolution beauftragt, die Dynastie dee Hohenzollern zu unterwühlen. — Wenn aber der Abgeordnet- für Stolp in der daraus gefolgerten Solidarität aller euroe päischen Staaten das eigentliche Motir der Handiungsweise unserer Regierung sehe, so bestätige das eben durchaus di- Meinung, daß es sich bei unserer Regierung nicht um prace tische preußische Interessen, sondern um contrerevolutionärt Tandenzpolitik handle. (Hört!) — Der Minister-Präsiden: selbst habe zum Schrecken aller politischen Kinder die Steuerverweigerer von 1848 und Mazzini ins Feld geführt. Er selbst würde 1848 nicht zu den Steuerverweigerern gehört haben; so viel sei aber gewiß, daß dieselben in den letzten drei Juhren nichts gethan, was nicht die Vertheidigung unseres positiven Rechts zum Zweck gehabt hätte. „Ich wünsche eine gleiche Aenderung des Herrn Minister-Präsidenten constatiren zu können, während ich höchstens die entdecke, daß er 1851 unsere großen Städte zu zerstören wünschte und heute unser flaches Land den russischen Regimentern öffnet." Betreff Mazzini's aber verweise er einfach auf dessen Heimath. Halb Italien habe vor seinem Namen gezittert, so lange die Parteigenossen des Minister-Präsidenten dort regierten. Der Name Mazzini sei fast verschollen, seit ein constitutioneller König jenen großen Staatsmann an die Spitze der Geschäfte berief, der nicht blos seinem weiteren Vaterlande zur Einheit, sondern auch vorher seiner engeren Heimath zu Wohlstand und Recht verholf. Werde Mazzini's Name jetzt wieder genannt, so trage nicht Cavour's Wirken, sondern Cavour's Gegner die Verantwortung dafür.

Es handle sich also nicht um diese schrecklichen Dinge, sondern einfach um einen Protest gegen jeden Einmarsch russischer Truppen in unser Gebiet und gegen jeden Einmarsch preußischer Truppen auf russisch-polnisches Gebiet. Der Inhalt der Convention stelle sich gerade durch die Ableugnungen des Minister-Präsidenten in immer bedenklicher Form dar. Nach der gestrigen Erklärung scheine dieselbe dahin zu gehen, daß sie nicht die Befugniß ausspreche, für das Einrücken der Russen in diesseitiges Gebiet, sondern die Verpflichtung des Einrückens preußischer Truppen in jenseitiges Gebiet auf erfolgte Requisition. Dadurch werde allerdings die Gefahr unserer Provinz geringer, die europäische Gefahr unseres Staates aber veedoppelt, und diese Befürchtung sei keine Hypothese mehr, wie sich aus der gestern mitgetheilten Meldung eines preußischen Officiers von seinem Ausmarsch über die Grenze auf Begehren eines russischen Obersten ergebe. Der Herr Minister-Präsident nenne diese Dinge allerdings dürftige Beläge. „Nun, wir wollen wünschen, daß diese Beläge so dürftig bleiben mögen." Der Minister-Präsident warne vor lügnerischen Zeitungsartikeln, aus denen die völlig falsche und grundlose Gürtelidee geflossen. Gehöre zu diesen Zeitungsartikeln auch jener über sein Gespräch mit einem der Vicepräsidenten des Hauses? (Hört!) Der Minister-Präsident erkläre ferner die Mittheilungen Lord Russel's für ungenau, diesen selbst aber für einen ehrenwerthen Mann. Demnach sei also die Quelle, aus der Lord Russell geschöpft, ungenau; hier aber werde ohne Zweifel der Minister-Präsident, und das Land mit ihm, ausrufen: Graf Bernstorff ist ein ehrenwerther Mann, der nichts anderes mittheilt, als was er erfahren hat. Was habe denn aber Graf Bernstorff erfahren? Den Wortlaut der Convention? Das Gedächtniß des Minister-Präs. sei darin nicht mehr ganz sicher. So stehe man also vor der furchtbar einfachen Alternative: entweder hat er diesen Wortlaut erfahren und einer der edlen Grafen Russell oder Bernstorff hat in der frevelhaftesten Weise Europa über den Inhalt getäuscht — oder er hat einen so unvollkommenen Auszug daraus erhalten, daß er und Russell und ganz Europa sich in einer für Preußen gefährlichen Weise über den Inhalt täuschen mußten. (Hört!) Welche Seite dieser Alternative die richtige, darüber werde kein Zweifel sein. „Wohl aber wird die Frage verstattet sein, ob jemals mit den Geschicken eines großen Landes ein unverantwortlicheres Spiel getrieben worden ist, als wir hier vor unseren Augen erlebt haben." (Lebhafter Beifall!). Und eine solche Regierung erklärt uns, sie würde uns mehr Mittheilungen gemacht haben, wenn wir ihr freundlich entgegenkämen! Eine solche Regierung muthet uns zu, mit ihr gemeinsam zu überlegen und sie zu unterstützen! Ich will lieber unbekannt bleiben mit allen Geheimnissen der preußischen Diplomatie, als mich in eine solche Gemeinschaft zu begeben. (Lebhafter Beifall!)

Eines ist doch bei dieser Convention außer allem Zweifel, daß alle Vortheile auf Seiten Rußlands und alle Lasten auf Seiten Preußens seien. Da wäre es denn doch die nächste Pflicht des Ministeriums gewesen, irgend eine Gegenleistung für diese Opferwilligkeit auszuwirken. Habe dasselbe denn ganz vergessen, wie oft Rußlands Einfluß den preußischen Interessen hinderlich gewesen, wie es die Rechte der deutschen Herzogthümer an der Elbe mit Füßen getreten? wie es unsere commerziellen Interessen, allen Verträgen zum Trotz, stets feindselig gewesen? Wenn auch nur in einer dieser Beziehungen der Ministerpräsident deutliche und klare Vortheile dem Staate gesichert habe, so werde er (Redner) zwar auch dann noch bei der Behauptung bleiben, daß die Gründe gegen den Abschluß der Convention die Gründe für denselben überwiegen, aber er werde mit Freuden einräumen, daß doch irgend welche Gründe für den Abschluß existirten, daß die Convention nicht ganz und gar ein Werk politischer Gedankenlosigkeit und Pflichtwidrigkeit gewesen wäre. (Beifall.)

Wenn es die erste Pflicht des Staatsmannes sei, die Interessen seines Staates nicht zu verwahrlosen, so bilde überall doch den edelsten Bestandtheil dieser Pflicht die Ueberzeugung, daß man diese Interessen nur im Einklange mit den Gesetzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit fördern könne. Sich zum Mitschuldigen an dem Bruche dieser Gesetze machen, heiße, gegen die Ehre und das Gedeihen dieses Landes sündigen. Angenommen selbst, Preußens Wohl fordere die Theilnahme an der Unterdrückung Polens, nimmermehr dürfte ein preußischer Minister einen Mann zu diesem Zwecke marschiren lassen, bis er sicher wäre, daß derselbe nur der Sache der Ordnung und Gesetzlichkeit, nicht aber als Hilfe des Henkers zu dienen hätte. „Und so würde ich den Herrn Minister des Innern, wenn derselbe an seinem Platze wäre, fragen: glaubt er, daß die von ihm vertheidigte und angeblich gegen den Widerspruch der Lokalbehörden persönlich verfügte sogenannte Ausweisung jener vier Polen diesen Forderungen der Menschlichkeit entspricht? Glaubt er, daß bei einer so übereifrigen Handhabung der Verträge, wenn er der Anklage der Vertragswidrigkeit entgeht, er auch der entgegengesetzten Anklage kühler Grausamkeit entrinnen werde?" Der Artikel 23 des Cartellvertrages, auf den sich der Minister berufe, sage nicht, daß die preußische Regierung verpflichtet sei auszuweisen, sondern daß die russische Regierung verpflichtet sei aufzunehmen, wenn die preußische Regierung ausweisen **wolle** (hört! hört!). Jene Ausweisung sei also ein Act des freien Willens gewesen. Statt zu fragen. ob dieser Cartellvertrag noch bindend, habe man eine Conventin beschlossen von noch viel schlimmeren Folgen. Die Convention sei nicht verkündet, sie sei nicht Gesetz dieses Landes, sie verpflichte keinen unsrer Staatsbürger zu irgend einem Schritte. Man denke sich nun den Fall, daß verfolgte Insurgenten in die Häuser flüchten, daß russische Truppen ihnen nachsetzen; unsre Bauern nach gut altpreußischem Recht ihr Hausrecht wahren und sich gegen die fremden Truppen zur Wehr setzen. „Soll ich diese Scenen noch weiter ausmalen, die unser Ministerium mit einem unverantwortlichen Leichtsinn über uns herbeigeführt hat (Bewegung, Beifall!)?" — Er frage: enthalte die Convention irgend eine Bestimmung, welche eine menschliche Kriegführung statt der jetzt täglich gemeldeten Gräuelthaten ausbedinge und Preußens Ehre von dem Brandmal reinige, aus freien Stücken die Mitschuld für jene Frevel auf sich genommen zu haben? Und sähe er sich gegenüber am Ministertisch einen Mann, der bereits weitblickende Einsicht und Herz für die Gerechtigkeit bethätigt hätte, so würde er weiter fragen, ob die Convention an die Verträge von 1815 erinnere, wonach in Warschau nicht der Czaar von Rußland, sondern ein König von Polen regieren solle. Welcher Anlaß war hier für eine große schöpferische Politik eröffnet! Was giebt einem Staate den Titel, in dieser europäischen Welt als Großmacht anfzutreten, als die Kraft, Einsicht, Aufgaben zu stellen, zu behandeln und lösen zu helfen, welche die Geschicke dieses Welttheils bestimmen? Und uns, der kleinsten der Großmächte, trug hier der Weltlauf eine solche Aufgabe entgegen, groß und dankbar wie keine andere, — und Preußen hat sie mit Füßen weggestoßen! Hier war ein Anlaß zu der lang ersehnten großen Action, hier bot sie von selbst im glänzendsten Style sich an! Aber — wen Gott verderben will, den verblendet er! (Beifall!) Unsere Minister sahen nicht die Größe dieser Aufgabe. Nur wo das Herz mit redet, ist der Geist im Besitze der Kraft (Bravo!); ihr Herz aber hängt allein an den Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung, und so schrumpft ihre Staats- und Kriegskunst, wie ihr Verfassungsleben zusammen in die Glorie der polizeilichen Chikane (Beifall)." Man erinnere sich, mit welch höhnischer Wendung der Minister-Präsident eine derartige friedliche Einmischung zurückwies! Habe derselbe etwa seinerseits schon unangenehme Erfahrungen auf jenem Gebiete gemacht, sei wirklich ein kurhessischer Feldjäger in Berlin angekommen? (Heiterkeit.) Der Herr Ministerpräsident hätte die Mitglieder des Hauses des Mangels an Patriotismus bezüchtigt, weil sie öffentlich und vor den Augen des Auslandes den Werth der Regierung herabsetzen. „Wäre dieser Vorwurf begründet, wären wir solch unselige Pessimisten und fanatische Parteigänger, würden wir nicht dann ganz gewiß das gerade Gegentheil von Allem thun, was wir thun? (hört!) Würden wir nicht jede Hindeutung auf etwaige Creditverweigerung sorgfältig vermeiden? Würden wir nicht mit stiller Genugthuung zusehen, wie die Regierung bei der ersten auswärtigen Action die jetzige Verwirrung und Hilflosigkeit unserer Finanzen steigerte, wie sie, des Vertrauens und der begeisterten Unterstützung des Volkes beraubt, nothwendig erliegen muß? Es ist wahr, wir decken schonungslos alle Schäden unseres Staatswesens auf, ebenso schonungslos wie das englische Parlament die Schäden der Kriegsverwaltung aufdeckte, als die Truppen vor Sebastopol, inmitten ungeheurer Geldmassen, verhungerten und erfroren. Im folgenden Jahre froren und hungerten die Regimenter nicht mehr (Bravo). Es ist wahr, wir thun Alles, die Regierung zu keiner verkehrten Action, wie die gegenwärtige, gelangen zu lassen. Wir thun dies wahrhaftig nicht, weil wir politische Furcht hätten vor den auswärtigen Lorbeeren unserer Minister, sondern wir sind der entgegengesetzten Ueberzeugung, daß **dieses** Ministerium an keiner Stelle Lorbeeren ernten wird. Wir ziehen einen bescheidenen Frieden einer traurigen Niederlage vor; unser Wort wird stets auf „Gewehr bei Fuß" lauten, so lange die Krone diese Rathgeber behält (stürmisches Bravo!). Wundre sich Niemand, daß auf den Ruf: „Freiwillige vor!" auch die besten Patrioten zurückbleiben, wenn ein notorisch unglücklicher Führer das Commando hat, — daß sich auch für eine nützliche Expedition kein freiwilliger Matrose findet, wenn er auf einem notorisch seeuntüchtigen Schiffe in See gehen soll. Unser Staat ist das so stolze Kriegsschiff, dessen scharfer Kiel mit Brausen die Wellen der Jahrhunderte durchschnitt, dessen Planken mit dem Eisenpanzer preußischer Volkskraft gefestigt waren und das jetzt mit thöricht erhöhten Masten seines Eisens und seiner Dampfkraft sichtlich beraubt, den brandenden Wellen Trotz bieten soll. — Mit Herrn v. Roon im Maschinenraum und Herrn v. Bismarck am Steuer mag schwimmen wer will, ich vermag es nicht. Wir wollen unser Land seinem Könige erretten und unsern König seinem Lande (Bravo!), und wir werden heute und morgen und immerdar unsere Stimme erheben gegen die falschen Rathschläge, ohne Scheu und ohne Schonung! (Lebhaftes Bravo!) Es ist wahrhaftig ein bitterer Schmerz, wenn man in solcher Weise von einem Staat und dessen Regierung reden muß. Wir haben aber den einen Trost, daß die Glut in unserem Volke alle trägen und faulen Elemente verzehren, unsere Gedanken aufhellen, unsern Gemeinsinn kräftigen, unsern Rechtssinn stählen wird. So sehen wir doch schon heute, wie der alte Parteihader sich löst, wie neun Zehntel unseres Volkes, um das leuchtende Banner des Gesetzes geschaart, jeden Tag neue Disciplin und Ordnung, praktische Klugheit und Standhaftigkeit, gegenseitiges Vertrauen und gerechte Anerkennung lerne! Und jetzt, auf der tiefsten Stufe unserer Erniedrigung, dürfen wir es aussprechen: wir kennen und üben die Kräfte, auf deren vollendeter Bildung das preußische Volk dereinst seine Zukunft begründen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Behrend: Die Mittheilung über eine Unterredung, welche zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten stattgefunden, sei wider seinen Willen in die Oeffentlichkeit gedrungen. Da aber verschiedene Blätter dasselbe ganz ableugneten, so erkläre er, daß ein solches Privatgespräch zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten wirklich statt gefunden habe (hört!) Ueber den Inhalt würde er sich erst dann aussprechen, wenn etwa von Seiten des Ministerpräsidenten dem Theil der Zeitungsnachrichten, der Wahres über jenes Gespräch mittheile, widersprochen werden sollte.

Bei der Abstimmung wird das Amendement v. Vincke mit großer Majorität verworfen. Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amend. Bonin; dasselbe wird mit 229 gegen 72 Stimmen verworfen. Dafür u. A. Assmann, Fliegel, die ganze Fraction v. Vincke mit Ausnahme des Abgeordneten v. Vincke (Stargardt), Grabow, Stavenhagen, beide Reichensperger, Malinkrodt u. A. Dagegen die deutsche Fortschrittspartei, das linke Centrum (mit Ausnahme von Fliegel und Stavenhagen), v. Vincke (Stargardt) die Polen und die Feudalen. — Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amendement Bockum-Dolffs. Dasselbe wird mit 246 gegen 57 Stimmen angenommen.

K.C. Die räthselhafte Aeußerung des Ministerpräsidenten gegen den Abg. Simson, zur Ausgleichung wegen der starken Ausdrücke des Letzteren werde ich vielleicht einen „weniger persönlichen" Weg finden, ließ die Möglichkeit einer Auflösung zu. Als bald darauf der Ministerpräsident den Saal verließ, kam von einer dem Ministerium befreundeten Seite die Aeußerung: Hr. v. Bismark werde nicht wiederkommen. Für den kurzen Rest der Sitzung ist das in Erfüllung gegangen. Ob es für den Rest der Session u. s. w. dieselbe Bedeutung hat, steht dahin.

Sitzung vom 27. Februar. (Schluß).

Abg. v. Unruh: Der Ministerpräsident habe gesagt, daß er (Redner) unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses angedeutet habe, daß unter bestimmten Umständen die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigert werden würden; er habe ferner gesagt, daß dies eine Drohung sei, welche das Land wehrlos mache. Zur Widerlegung dieser Bemerkung verweise er auf den stenographischen Bericht, wonach er gesagt habe, daß, wenn die preußische Regierung sich übereilte, muthwillig in auswärtige Verwickelungen einlasse, daß zu einer solchen Politik diesem Ministerium auch nicht ein Thaler bewilligt würde. Er habe also nicht die Erwartung ausgesprochen, daß das Haus jemals die Mittel verweigern werde, wenn es sich um einen Angriff auf Preußen handle, am allerwenigsten Sr. Maj. dem Könige. Wenn der Ministerpräsident sich wieder mit der Allerhöchsten Person Sr. Majestät des Königs identificirt, so wolle er nur bemerken, daß dies nicht aus Scheu vor der Verantwortung geschehe; an dem Muthe des Herrn Minister-Präsidenten zweifle Niemand; aber es habe dies eine bestimmte absolutistische Tendenz. Der Minister-Präsident habe ferner gesagt, daß sein Name an die Steuerverweigerung im Jahre 1848 erinnere. Er bedauere, daß die Unruhe des Hauses ihn gestern nicht habe aussprechen lassen. Wenn seine (des Redners) Vergangenheit kritisirt werde, so finde er darin keine persönliche Verletzung. Jeder habe dazu das Recht und nehme er dasselbe dem Herrn Minister-Präsidenten gegenüber in Anspruch. Er schätze es sich zur Ehre, Präsident der preußischen National-Versammlung gewesen zu sein. (Bravo!) Er wolle sich nicht zum Advokaten der Versammlung machen, die Geschichte werde darüber urtheilen. Gleichwie der Ministerpräsideut, so nehme auch er für sich in Anspruch, daß er und seine Freunde so gute Patrioten seien, wie irgend Einer im Hause (Bravo).

Abg. Wachsmuth tritt als früheres Mitglied der Nationalversammlung den Worten des Abg. v. Unruh bei.

Abg. Waldeck: Der Abgeordnete von Vincke habe sich mit den Aeußerungen des Ministerpräsidenten gegen ihn (Redner) identificirt. Der Herr Ministerpräsident habe ihm als „einem Mann von 48" Neigung zu Conspiration zugeschrieben. Er sei kein neues Mitglied dieser Versammlung. Schon vor 2 Jahren habe ihn das Vertrauen des Volkes zum Abgeordneten gewählt. Die Partei des Ministerpräsidenten sei die alte geblieben. Der Vorwurf der Conspiration sei schon damals gegen ihn „durch ein schändliches Bubenstück" erhoben worden. Die Lauterkeit der demokratischen Partei sei damals vor Gott und aller Welt und vor Allem vor Gericht constatirt worden. Seine Reden habe viele Anfechtungen erlitten. Er halte seine Aeußerungen über die Schergen des Absolutismus und die Gendarmerieexecution aufrecht, er sei gewohnt zu sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen und nicht andere Redner zu schulmeistern.

Abg. v. Vincke: Er bezeuge dem Abgeordneten Waldeck, daß er sowohl wie der Ministerpräsident dieselben geblieben seien. Uebrigens halte er Waldeck durchaus für einen edlen Patrioten und Ehrenmann und identificire ihn durchaus nicht mit allen verwerflichen Bestrebungen der Demokratie.

Deutschland.

* Berlin den 28. Februar. Der „Publ." (bekanntlich inspirirt) theilt mit, das Ministerium sei sofort nach Simsons Rede zusammengetreten. Man vermuthet — sagt er in Folge dieser Vorgänge in den nächsten Tagen eine Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Danzig, den 1. März.

* In der gestern Abend im Schützenhaussaale stattgefundenen Versammlung des Vereins der Liberalen des Danziger Wahlkreises, welche von 6—700 Personen besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt in Uebereinstimmung mit dem heutigen Beschlusse des Abgeordnetenhauses,

daß eine Politik Preußens, welche die völkerrechtlich gebotene Neutralität gegenüber dem in Polen ausgebrochenen Aufstande aufgiebt, die politischen und wirthschaftlichen Interessen des Landes gefährdet

und daß das preußische Abgeordnetenhaus dadurch, daß es in gefahrdrohender Lage die wahre Willensmeinung des preußischen Volkes ausgesprochen hat, dem Vaterlande einen patriotischen Dienst erwiesen hat, für welchen ihm die dauernde Anerkennung und der Dank des Landes gewiß ist.

Die Versammlung ist ferner mit der überwiegenden Majorität des preußischen Volkes in der Ueberzeugung einig, daß Rußland für die Dauer Polen nur durch die Verleihung der ihm vertragsmäßig verheißenen Rechte beruhigen kann und daß eine preußische Politik, welche hierauf hinzuwirken bestrebt ist, im wahren Interesse Preußens liegt."

Außerdem erklärte sich die Versammlung einverstanden mit dem Verfahren, welches das Abgeordnetenhaus in Betreff der Behandlung des Budgets pro 1863 eingeschlagen hat. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf das Abgeordnetenhaus.

Schiffs-Nachricht.

* Das Schiff „William", Cpt. Dellschow, ist am 28 Februar in Queenstown angekommen.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.